Zusammenfassende Erklärung gem. § 10a BauGB

1. Beschreibung der Planung und ihrer Umweltauswirkungen

Der Rat der Gemeinde Anröchte hat am 25.09.2018 beschlossen, den Bebauungsplan Nr. 12 Teil IV „Gewerbegebiet Anröchte-West“ zu ändern, um die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Erweiterung der bestehenden Straßenverkehrsflächen zu schaffen. Das Plangebiet befindet sich nordwestlich des Siedlungsgebiets der Gemeinde Anröchte, östlich der B55, innerhalb eines bestehenden Gewerbegebiets.

Durch eine Anbindung der Daimlerstraße im Osten an die Kliever Straße in Westen soll mit der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 12 Teil IV „Gewerbegebiet Anröchte-West“ eine bessere Erschließung der vorhandenen Gewerbebetriebe ermöglicht und planungsrechtlich gesichert werden.

Der rechtskräftige Bebauungsplan trifft im Änderungsgebiet derzeit die Festsetzung „Industriegebiet“ gem. § 9 BauNVO und sieht zudem im westlichen Bereich die Festsetzung einer Anpflanzung eines Grünstreifens vor. Im Rahmen der 1. Änderung des Bebauungsplans wird das Plangebiet größtenteils als Straßenverkehrsfläche festgesetzt. Somit entfällt die festgesetzte Grünfläche zur Anpflanzung einer geschlossenen Heckenbepflanzung im Zuge der Erweiterung der Verkehrsfläche, ebenso die Festsetzung „Bereich ohne Ein- und Ausfahrten“ entlang der Kliever Straße. Der südliche Teil des Änderungsgebiets trifft weiterhin die Festsetzung „Industriegebiet“ gem. § 9 BauNVO. Ein bestehendes Leitungsrecht zugunsten der Thyssengas GmbH wurde übernommen. Zudem werden die bereits gepflanzten neun Bäume als „zu erhalten“ festgesetzt. Resultierend aus den geänderten und angepassten Industriegebieten werden die überbaubaren Grundstücksflächen in einem Abstand von 5,0 m zur Straßenverkehrsfläche entsprechend angepasst.

Gemäß §§ 2 (4) i.V.m § 1 (6) Nr. 7 und 1a BauGB ist für den Bebauungsplan eine Umweltprüfung durchgeführt worden, in der die mit dem Bauleitplan voraussichtlich verbundenen Umweltauswirkungen ermittelt und bewertet wurden. Der **Umweltbericht** fasst die Ergebnisse der Prüfung zusammen. Inhaltlich und in der Zusammenstellung der Daten berücksichtigt er die Vorgaben der Anlage zu §§ 2 (4) und 2a BauGB. Die Umweltprüfung kommt zu dem Ergebnis, dass durch die Änderung des Bebauungsplanes ein Eingriff in Natur und Landschaft gem. § 14 ff BNatSchG vorbereitet wird, der gem. § 18 BNatSchG i.V.m. § 1a (3) BauGB vom Verursacher auszugleichen ist, jedoch mit keinen erheblichen Umweltauswirkungen zu rechnen ist. Das mit der Planung verbundene Biotopwertdefizit von 2000 Punkten wird durch die Einsaat

einer artenreichen Mähwiese auf einer Teilfläche der Gemarkung Anröchte, Flur 1, Flurstück 74 ausgeglichen.

Die durchgeführte Artenschutzrechtliche Prüfung (ASP) kommt zu dem Ergebnis, dass unter Berücksichtigung von vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen artenschutzrechtliche Konflikte ausgeschlossen werden können. Ein Vorkommen von planungsrelevanten Arten im Plangebiet kann unter Berücksichtigung der derzeitigen Nutzung, und des damit einhergehenden geringen Habitatpotenzials, ausgeschlossen werden.

2. Ablauf des Beteiligungsverfahrens

Verfahrensablauf	Termine
Aufstellungsbeschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes gem. § 2 (1) BauGB durch den Rat der Gemeinde Anröchte am	25.09.2018
Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses gem. § 2 (1) BauGB am	01.10.2018
Frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB am	11.06.2019 bis 10.07.2019
Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB vom	11.06.2019 bis 10.07.2019
Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung gem. § 3 (2) BauGB am	28.10.2019
Öffentliche Auslegung des Entwurfes des Bebauungsplanes mit Begründung gem. § 3 (2) BauGB in Verbindung mit § 4 (2) BauGB vom	05.11.2019 bis 04.12.2019
Nach der Prüfung der fristgerecht eingegangenen Stellungnahmen erfolgte der Satzungsbeschluss durch den Rat der Gemeinde Anröchte gemäß § 10 (1) BauGB am	10.12.2019
Bekanntmachung des Satzungsbeschluss gemäß § 10 (3) BauGB am	16.12.2019

3. Abwägung der vorgebrachten Anregungen

Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung wurden keine Anregungen zu der Planung vorgetragen.

Im Rahmen der Behördenbeteiligung wurden Anregungen insbesondere zu folgenden Themenbereichen vorgetragen:

- Eingriff in Natur und Landschaft
- Verkehr

Im Zuge des Bebauungsplanverfahrens wurden die Anregungen, soweit diese mit dem vorliegenden Planungsziel vereinbar waren, berücksichtigt.

–

In Abwägung der verschiedenen Belange hat der Rat der Gemeinde Anröchte daher in seiner Sitzung am 10.12.19 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 12 Teil IV „Gewerbegebiet Anröchte-West“ als Satzung beschlossen.

Bearbeitet für die Gemeinde Anröchte
Coesfeld, im Dezember 2019

WOLTERS PARTNER
Architekten & Stadtplaner GmbH
Daruper Straße 15 · 48653 Coesfeld